

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

18.11.1922 (No. 270)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. E. N. D.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Preise und Bedingungen bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zinsloser Betreibung und Kontowechseln fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Wucherbekämpfung.

Das Ministerium des Innern hat bereits vor einiger Zeit die Bezirksämter angewiesen, alle Nachrichten über Schleihändler und Schieber usw., soweit deren Tätigkeit eine über den Kreis der gewöhnlichen Bedeutung hat, dem Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe mitzuteilen. Die Sammlung und Verwertung des auf diesem Wege einlaufenden Materials ist nunmehr von der Abteilung Erkennungsdienst beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe übernommen worden. Die Abteilung Erkennungsdienst sieht sich bei ihrer Tätigkeit, die in der Hauptsache in der Ausfertigung an alle behördlichen Stellen über das bei ihr vorhandene Material über Schieber, Wucherer, Preistreiber und Schmuggler besteht, außerdem auf die Registraturen und Karteien, die beim früheren Landespreisamt zum Zwecke der Wucher- und Schieberbekämpfung angelegt worden sind.

Die Verarbeitung von Topinambur zu Branntwein.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Aufhebung der Bundesratsverordnung vom 12. Mai 1917 über die Verarbeitung von Topinambur zu Branntwein nicht zugestimmt. Das badische Ministerium des Innern hat, um eine Gleichrichtung zu verschaffen, festgestellt, daß diejenigen Landwirte, die im Jahre 1922 nicht mehr Topinambur angebaut haben als im Jahre 1918 ihre selbstgebaute Topinambur bis zum Umfang der Anbaufläche im Jahre 1918 zu Branntwein verarbeiten dürfen.

* Wenn es anders kommt!

Eine ganze Reihe von Ereignissen der letzten Zeit hat gezeigt, daß es in politischen Leben oft anders kommt, als die Interessierten es vorhergesehen haben. Bismarck allgemein hatte man angenommen, daß die sächsischen Landtagswahlen eine weitere Verschiebung nach rechts bringen würden, und man hatte dabei so getan, als ob diese Verschiebung nach rechts überhaupt ein Charakteristikum unserer Tage sei. Wie kam es aber in Wirklichkeit? Gerade die äußerste Rechte hat eine ziemlich schwere Niederlage erlitten, und die sozialistischen Parteien zusammen haben nicht unansehnliche Erfolge erringen können. Die Deutschdemokraten aber, denen man schon ein Verlöschen des Lebenslichtleins prophezeite, haben sich nicht nur behauptet, sondern ihre Stimmen um 24 Prozent vermehrt.

Am 13. November sind in Berlin die für eine große Koalition in Betracht kommenden Parteien auf ein innen- und außenpolitisches Programm geeinigt worden, welches dann der bekannten Note an die Reichskommission zugrunde gelegt wurde, hätte man eigentlich annehmen sollen, daß jetzt die Stellung des Kabinetts Wirth wieder gesichert sei. Aber es kam faktisch ganz anders. Das Kabinett wurde jetzt erst recht gestürzt.

Als dann Generaldirektor Dr. Cuno den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts übernahm, schien es anfangs so, als ob Zentrum und Sozialdemokratie dem neuen Manne bei seinen Bemühungen behilflich sein würden. Heute lesen wir, daß beide Parteien sich ihre Stellungnahme noch gänzlich vorbehalten wollen. Das Zentrum läßt erklären, daß es die Entwicklung als „aufmerksamer Beobachter“ verfolgen werde, und die Sozialdemokratie betont, daß sie nachwievor gar nicht daran denke, zusammen mit der Deutschen Volkspartei in ein Kabinett einzutreten. Von Zentrumsseite wird übrigens darauf hingewiesen, daß Dr. Cuno der Partei als solcher nicht angehört hat. Da er bekennender Katholik ist und Mitglied einer katholischen Studentenverbindung war, hatte man vielfach geglaubt, daß er sich nach seinem Austritt aus der Deutschen Volkspartei dem Zentrum angeschlossen habe. Das ist nun also nicht richtig. Parteipolitisch im Zentrumsinne betätigt hat sich Dr. Cuno natürlich überhaupt nicht; denn sonst hätte er ja von vornherein als Kandidat der Zentrumsparterie angeprochen werden müssen.

Wenn man noch vor einem Vierteljahr der italienischen Regierung gesagt hätte, daß demnächst der Faschismus durch einen Staatsstreich die Macht der Regierung an sich reißen würde, so wäre man sicherlich auf lächelndes Stauen gestoßen. Und wie ist es gekommen? Parlament, Gesetz und Verfassung wurden vollkommen ignoriert, die Faschisten machten faktisch mobil und rückten auf Rom, und der König kapituliert vor ihnen. Die vorgelagerte Rede Mussolini aber im italienischen Parlament hat gezeigt, daß der neue Ministerpräsident das parlamentarische Regierungssystem überhaupt

verabschiedet hat und, wenn man die Dinge beim rechten Namen nennen will, auf der Grundlage einer Diktatur regiert. Das gehorsame Parlament hat ihm zwar ein Vertrauensvotum erteilt, aber er hatte schon vorher erklärt, daß er auch gegen und ohne das Parlament seinen Willen durchsetzen werde. Damit der ganze Staatsstreich einen einigermaßen legalen Anstrich bekomme, wurde das purpurne Mäntelchen der Monarchie herangezogen. Dieses Mäntelchen hatte die verfassungsrechtlichen Blößen zu bedecken, und der König stimmte zu. Das Wort „Monarchie“ hatte schon vorher seinen Sinn verloren gehabt, jetzt ist diese Institution direkt zu einer Farce herabgewürdigt worden. „Monarch“ heißt Alleinherrscher. Der König von Italien hat aber allein überhaupt nichts zu sagen, und seine Tätigkeit hat mit herrschen nichts zu tun.

Und nun zu den englischen Wahlen. Nach dem Verlauf der Gemeindevahlen in England, die der Arbeiterpartei schwere Verluste eintrugen, hat man mit einem nur sehr mäßigen Mandatsergebnis dieser Partei gerechnet. Und wenn man die Artikel der Londoner Korrespondenten las, mußte man überhaupt zu der Überzeugung gelangen, daß die englischen Wähler der Politik müde seien und sich nur sehr lässig an dem Wahltag beteiligen würden. Auch hier ist es anders gekommen. Die Wahlbeteiligung war sehr rege, und die Arbeiterpartei hat sehr beträchtliche Erfolge errungen: sie hat ihre Mandate von 75 auf 138 vermehrt, d. h., sie hat einen Gewinn von beinahe 100 Prozent davongetragen. Die Konservativen haben sich behauptet: sie sind im Besitz der Mehrheit. Allerdings beträgt diese Mehrheit nur 96 Stimmen. Die Koalitionsliberalen Lloyd Georges haben 67 Sitze verloren und gehen mit nur noch 54 Abgeordneten ins Parlament. Dagegen haben die Unabhängigen Liberalen 18 Sitze gewonnen, sodaß sie jetzt mit 52 Abgeordneten im Parlament auftreten können.

Der Ausgang der englischen Wahlen ist so, daß er wahrscheinlich die Konservativen zu einer Politik nötigen wird, die maßvoll ist und die Tatsache einer nur schwachen Mehrheitsposition berücksichtigt. Der große Wahlerfolg der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Liberalen wird den Konservativen sicherlich zu denken geben. Vielleicht könnte auch für sie einmal das Wort des Königs Pyrrhus von Epirus gelten: „Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren!“

Man nimmt an, daß die Konservativen die Regierungsbasis vergrößern werden. Zunächst käme für eine derartige Koalition Lloyd George mit seinen Nationalliberalen in Frage. Es ist ein eigentümlicher Zufall, daß Lloyd George als Führer dieser Partei auch heute noch eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen vermag, obwohl seine Partei bei der Wahl eine schwere Niederlage erlitten hat. Lloyd George hatte ja auch im Wahlkampf selbst so operiert, daß man sagen konnte, er halte zu sich im Feuer. Das eine Eichen hieß Koalition der Mitte, das andere hieß Wiederherstellung der Koalition mit den Konservativen. Die erste Möglichkeit, die Bildung einer Koalition der Mitte, ist dahingeshwunden. Also bleibt nur noch die zweite. Allerdings wird Lloyd George, wenn er überhaupt wieder ins Kabinett eintreten sollte, nicht mehr dessen Führer sein. Die Führung liegt nunmehr bei den Konservativen. Bis zu den nächsten Wahlen!

Die französische Finanzpolitik in Theorie und Praxis.

In unzähligen Reden, Pressepolemiken und Noten beschuldigt bekanntlich Frankreich seit Jahren Deutschland des „bösen Willens“ bei der Wiederherstellung seines durch den Versailler Vertrag völlig aus den Fugen gelangenen Staatshaushaltes. Noch kürzlich konnte das Regierungsorgan, der „Temps“, nicht hohe Worte genug finden, um den „Opfermut“ der französischen Nation, unerhörte Steuerlasten zu tragen, zu loben und demgegenüber die Widerwilligkeit des deutschen Volkes, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, zu beklagen. Wie in Wirklichkeit dieser Opfermut aussieht, darüber gibt eine Abhandlung des Nieler Professors für Nationalökonomie, Dr. O. Schneider, über „Frankreichs Finanzpolitik“ Aufschluß. Auf Grund amtlicher französischer Quellen untersucht der Verfasser die Entwicklung der französischen Finanzmaßnahmen in den Jahren 1914 bis 1922 und kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der von Jahr zu Jahr sich steigenden gewaltigen Defizits im französischen Gesamtbudget die französische Finanzverwaltung bisher keinerlei entsprechende Anstrengungen unternommen hat, die enormen Ausgaben abzubauen, oder die ordentlichen Einnahmen und Steuern entsprechend zu vermehren. Sie hat sich eben, wie das auch der Sozialist Blum bei den gegenwärtigen

tigen Budgetverhandlungen in der französischen Kammer mit scharfen Worten geäußert hat, bisher immer darauf verlassen, daß Deutschland die Phantasiestimmen, die ihm in Versailles und London aufgebürdet sind, zahlen wird.

Die Gesamtausgaben des französischen Staatshaushaltes sind von 10,4 Milliarden Franken im Jahre 1914 auf 58,1 im Jahre 1920 und 48,7 im Jahre 1922 angeklungen. Der Rückgang im letzten Jahr erklärt sich vornehmlich aus dem Rechnungsmißstand, daß man zur Verschleierung der Gesamtlage aus dem ordentlichen Etat zu leistende Ausgaben auf den Sonderetat der von Deutschland zu erhebenden Ausgaben überschrieben hat. Die Ausgaben für militärische Zwecke sind von 1,8 Milliarden im Jahre 1913 auf 5,4 Milliarden im Jahre 1922 angewachsen und werden im Rechnungsjahr 1923 eine weitere Steigerung erfahren. Den größten Aufgabeposten macht die Ende März auf 317 Milliarden Franken angewachsene öffentliche Schuld aus, deren Verzinsung im Rechnungsjahr 1922 18,2 Milliarden erforderte gegenüber 1,4 im Jahre 1913.

Prof. Schneider weist mit Nachdruck darauf hin, daß ein Blick auf den französischen Reparationsetat jeden Zweifel daran behebt, daß die französische Finanzpolitik nach dem Kriege darauf angelegt war, durch eine künstliche Steigerung der ungedeckten Staatsausgaben aus politischen Gründen eine möglichst hohe Bemessung der von Deutschland zu verlangenden Reparationssumme zu erzwingen. Im Rechnungsjahr 1921 beanspruchten allein die Ausgaben für Militärpensionen, deren Ertrag bekanntlich vollkommen zu Unrecht von uns gefordert wird, 2,4 Milliarden Franken. Für das Finanzjahr 1922 werden die Gesamtausgaben auf 48,7, die Gesamteinnahmen auf 24,1, der Fehlbetrag also auf 24,6 Milliarden veranschlagt.

Was nun die sogenannte, vom „Temps“ so überschwänglich gerühmte „Finanzreform“ der Jahre 1917 und 1920 anlangt, so betont Schneider mit Recht ihre völlige Unzulänglichkeit. Nur ein Beispiel: ein dem guten Mittelstand angehöriger Familienvater mit drei Kindern bezahlt von einem jährlichen Berufseinkommen in Höhe von 35 000 Franken 442 Franken, d. h. also 1,4 Prozent Einkommensteuer, während in Deutschland schon die untersten Einkommensstufen mit 10 Prozent belastet sind! Es ist ferner bezeichnend, daß gerade gegen die ertragsreichsten Steuern, wie die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer die öffentliche Meinung Sturm läuft, während sich die Ausgaben von 1913 bis 1922 verzehnfacht haben, sind die Einnahmen aus Steuern von 100 auf 118 Prozent gestiegen. Berücksichtigt man die in gleichem Verhältnis stattgehabte Franzosenentwertung, so kann von einer Steigerung der Einnahmen aus Steuern überhaupt nicht die Rede sein!

So sieht es also in Wirklichkeit mit den „ungeheuren Anstrengungen“ Frankreichs aus, seine Finanzen zu sanieren. Es ist gut, daß einmal in aller Öffentlichkeit und gestützt auf ein Material, dessen Stichhaltigkeit auch die französische Propaganda nicht wird wegdiskutieren können, der wahre Stand der Dinge aufgezeigt und der französischen Polemik gegen Deutschland die Maske der Scheinheiligkeit vom Gesicht gerissen wird. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die französische Wirtschaft seit einem Vierteljahr einen stetigen Aufschwung nimmt, eine innere Gesundung der französischen Finanzen also durchaus möglich wäre. Die französische Politik will aber nicht. Der „boche“ soll zahlen, Deutschland soll ruiniert werden. Das ist auch der Weg, in den Besitz der Rheinlande zu kommen.

Auflehnung gegen den Militarismus in China.

Zwischen den chinesischen und den europäischen Auffassungen von militärischen Verhältnissen hat von jeher ein gewaltiger Unterschied bestanden, sodaß auch unter dem „Militarismus“ in China etwas ganz anderes zu verstehen ist, als was man in Europa darunter versteht. Nur in einem Punkte ist der chinesische Militarismus dem europäischen gleich: in der Neigung der hohen Militärs, in die Politik des Landes einzugreifen, wenn auch meist aus anderen Motiven. Denn wenn in europäischen Ländern der Ehrgeiz der Militärs bei diesem Streben nach Machterweiterung die ausschlaggebende Rolle spielt, so ist es in China meist der Wunsch nach persönlichen Vorteilen, vor allem nach der Bereicherung.

Ein Mann, der in dieser Hinsicht mehr Europäer als Chinese ist, d. h. bei dem nicht die Gabel, sondern der Ehrgeiz und das Machtbedürfnis der treibende Faktor ist, ist der General Wu Pei-fu, der seit geraumer Zeit der eigentliche Herr in Nordchina ist. Wu Pei-fu war früher nur Unterführer des Generals Tiao un. Nachdem er aber bedeutende militärische Erfolge errungen hatte und vor allem, nachdem er verstanden hatte, sich als Vertreter demokratischer Grundzüge aufzuspielen, gelangte er zu außerordentlicher Volksmächtigkeit und zu immer größerer Macht, die er dazu benutzte, einen immer stärkeren Einfluß auf die zivile Verwaltungstätigkeit und die innere Politik des Landes zu nehmen.

Ein bezeichnendes Beispiel für die diktatorische Stellung Wu Pei-fus ist sein Verhalten, als nach der Anfang August eingetretenen Kabinettskrise der Präsident am 6. August Tang Shao-i zum Ministerpräsidenten ernannt hatte. Daraufhin erhob General Wu Pei-fu sofort nach Bekanntgabe der Kabinettsliste Protest, weil er nicht befragt worden war und er wandte sich telegraphisch sowohl gegen die Ernennung Tang Shao-is zum Ministerpräsidenten, wie auch gegen die Berufung verschiedener anderer Minister des neuen Kabinetts, beispielsweise gegen den Unterichtsminister und den Handelsminister, die doch eigentlich einen General ganz und gar nicht anzugehen haben.

Andere chinesische „War Lords“ haben sich ähnlich in die Zivilgewalt stark eingreifende Befugnisse an. So hat General Chang-so lin in Wuhan im Juli d. J. von der Zentralregierung für sich das unbeschränkte Recht gefordert, die Offiziere und Zivilbeamten in Nordost-China anzustellen und zu entlassen. Wer die Zivilbeamten „unumfänglich“ anstellen und entlassen kann, der hat natürlich die ganze Verwaltungsmaschinerie in seiner Hand.

Gegen diese Machtmachung der Generale wird nun der Widerstand in der öffentlichen Meinung Chinas immer lebhafter. Insbesondere hat General Wu Pei-fu seine Vollständigkeit vollkommen verloren, zumal gegen ihn der Verdacht besteht, daß er sich zum Werkzeug englisch-amerikanischer Bestrebungen machen läßt. Ob das zutrifft oder nicht, sei dahingestellt, jedenfalls geht die Presse energisch gegen ihn an. So schrieb das „Journal de Peking“ nach der Ernennung Wu Pei-fus in die Ernennung des neuen Ministeriums, daß Wu Pei-fu und die anderen Generale die schlimmsten Feinde ihres Landes seien. Allerdings glaubten sie wahrscheinlich ihrem Vaterlande zu dienen, tatsächlich aber ruinierten sie es durch ihre händische Einmischung in die Regierungsangelegenheiten. Auch die Shanghai-Presse mißt die Schuld an der Verworfenheit der inneren Lage Chinas vor allem den „Militaristen“ und ihren gefügigen Werkzeugen in den Reihen des „Mandarinentums“ bei. Als Hauptschuldiger für die schlimmen Zustände wird von der gesamten chinesischen Shanghai-Presse Wu Pei-fu bezeichnet. Der „Diktator“ versichere zwar immer, daß er sich um die Regierung nicht kümmere und sich nicht in ihre Angelegenheiten hineinmischen wolle, was aber sei es anders als eine Einmischung, wenn er sich erlaube, dem Parlament „Ratschläge“ zu erteilen? Kaum habe der Präsident ein neues Kabinett beauftragt, so kündige Wu sofort wieder an, wer von der Ministerliste zu kreiden sei und wer Ministerpräsident werden solle. Das alles seien doch offenkundige Einmischungen in die Politik und die Tätigkeit der Regierung. In diesem Sinne äußerten sich beispielsweise die Shanghai-Blätter „Shih pao“ und „Sin men pao“.

Eine gewisse Entschuldigung für ihre diktatorischen Gelüste haben die Generale freilich dadurch, daß sich die chinesische Volkstretung als unfähig und hilflos erweist. Diefelben Blätter, die Wu Pei-fu scharf angreifen, sprechen ihre Erbitterung darüber aus, daß die Abgeordneten durch die traurigen Erfahrungen der letzten Jahre noch nichts gelernt hätten und daß das Parlament unfähig sei, zur Heilung der Wunde des Landes in irgend einem wesentlichen Maße beizutragen. So werden die Generale, die vielleicht durch die Prekariatslage gegen die militärische Überheblichkeit eingeschüchtert werden könnten, durch die Angriffe derselben Zeitung auf das Parlament wiederum ermutigt.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Cuno und die Parteien.

Der designierte Reichskanzler Cuno wird dem bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Hermes das Ministerium des Auswärtigen anbieten auf Grund der Erwägung, daß Hermes die ganzen Reparationsverhandlungen des Kabinetts Wirth geführt hat und ein besonderer Kenner dieser Frage ist. An Stelle von Hermes wird das Reichsfinanzministerium dann ein Nachmann übernehmen. Im übrigen beabsichtigt Cuno, sein Kabinett aus Politikern und Fachleuten zusammenzusetzen. Die parlamentarischen Minister sollen den Gruppen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten entnommen werden, während unter den Nachmannern Persönlichkeiten sein sollen, die politisch der Deutschen Volkspartei nahesteht. Aber auch der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Hilferding soll neben den Parlamentariern seiner Partei dem Kabinett als Nachminister für eines der wirtschaftlichen Ressorts angehören. Von den Mitgliedern des Kabinetts Wirth dürften die Sozialdemokraten Dr. Kabbuch, bisher Justiz, und Küster, bisher Inneres, im Kabinett einig, das bisherige Ministerium für den Abgang des bisherigen Reichsverkehrsministers General Gröner und des Reichspostministers Giesberts vom Zentrum.

Die Personenfragen werden jedenfalls noch Gegenstand schwerer Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen sein. Die persönliche Aufnahme des neuen Reichskanzlers bei den Parteien hingegen ist allgemein günstig. Besonders schwerwiegend ist der Entschluß der Sozialdemokratischen Fraktion, keinen Einpruch gegen Cuno zu erheben. Von den übrigen Fraktionen ist die Zustimmung von vornherein zu erwarten gewesen. In seinen Unterredungen mit den Parteiführern Müller, Dr. Stresemann, Betze und Marx hat Geheimrat Cuno es als die wichtigste Aufgabe des Kabinetts bezeichnet, aus den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Augenblicks herauszukommen. Cuno steht auf dem Boden der am 13. November an die Reparationskommission gesandten Note, die in großen Zügen ein außen- und innenpolitisches Programm darlegt und die Zustimmung aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei gefunden hat. Auf Grund dieses Programms wird Cuno sein Kabinett als ein „Kabinett der Arbeit“ errichten, ohne sich auf eine bestimmte Koalition im Reichstag stützen zu müssen. Maßgebend für dieses Verhalten ist, daß die Sozialdemokraten Gegner einer großen Koalition mit Einbeziehung der Deutschen Volkspartei sind, während das Zentrum die bisherige Koalition ohne Zugliederung der Deutschen Volkspartei ablehnt.

Das Urteil der Wirtschaftskreise.

In allen deutschen Wirtschaftskreisen ist, wie die „W. Z.“ durch eine Umfrage bei Führern der Industrie, des Handels und der Bankwelt festgestellt hat, die Befriedigung über die Betrauung Cunos mit der Kabinettsbildung groß. Sie erwarten von ihm vor allem natürlich eine gesunde Wirtschaftspolitik und haben da mit wenigen Ausnahmen viel Vertrauen zu seinen gelunden Ansichten. Cuno gilt unter ihnen nicht so sehr als wirtschaftlicher Dogmatiker, wie als sehr kombinations- und einfallreicher Praktiker. Ein meisteilischer Beweis geschäftlicher Naivität sei die Art, wie er 1920 den Vertrag mit dem New Yorker Harmon-Konzern zustande brachte.

Die Gapan schien damals den Amerikanern gar nichts bieten zu können, weder Geld noch Schiffe, aber Cuno verstand, das Gegenteil zu zeigen, daß geschäftlichem Werk des Wissens, der Erfahrungen, der Beziehungen. Die Wirtschaftskreise meinen nun, daß bei der Wiedereinschaltung des materiell ganz verarmten Deutschlands in die internationale Politik und Wirtschaft eine solche Den- und Rechenmethode, wie sie Cuno eigen ist, sehr nützlich angewendet werden kann. Ferner glaubt man, daß das Vertrauen, das sich Cuno bei amerikanischen Finanzkräften und beim Präsidenten Harding erworben hat, der dringend nötigen Verbesserung des deutschen Kredits zugute kommen wird. Innerpolitisch hofft man, daß Cuno der Mann ist, die Beziehungen zu Bayern endgültig zu ordnen und so die Reichseinheit über die Siderungsmöglichkeiten hinweg zu stabilisieren.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Antrags des Reichstages (Dr. Bp.) auf Ermäßigung der Inflationsteuer. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, die Steuer für die erste Million der vierteljährlichen Inflationsteuer auf 1/2 Prozent zu ermäßigen, für die zweite Million auf 1 Prozent für die dritte auf 1 1/2 Prozent und für höhere Einnahmen auf 2 Prozent.

Abg. Kochen (Komm.) beantragt die Aufhebung der gesamten Umsatzsteuer überhaup, da diese nur den Verbraucher ausbeute, während Besitzenden mit ihrer Einkommensteuer nur um Jahre im Rückstand bleiben. Zum mindesten müßten die Arbeitergenossenschaften von der Umsatzsteuer befreit werden.

Abg. Rahmann (Soz.) gibt zu, daß die Umsatzsteuer in schroffer Weise wirkt und beseitigt werden sollte. In nächster Zeit würden die Sozialdemokraten die Befreiung der Konsumgenossenschaften beantragen, jetzt hätten sie aber keinen Anlaß, dem kommunistischen Antrag zuzustimmen.

Antag Kochen wird abgelehnt, der Ausdrucksantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen; gegen den Antrag stimmen einige Kommunisten. Die neue Vorchrift soll mit Wirkung vom 1. Januar 1922 (laufendes Jahr) in Kraft treten.

Die Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz, durch welche die Zuständigkeitsgrenze der Geldwertung entsprechend erhöht werden soll, wird nach kurzer Aussprache in allen drei Lesungen mit der Maßgabe angenommen, daß die Geldgrenze für die Zuständigkeit auf 840 000 M. erhöht wird. Sodann wird die Aussprache über die neue Geschäftsordnung des Reichstages fortgesetzt.

Abg. Ledebour (U.S.) protestiert gegen die schematische Verkürzung der Redezeit und beantragt Zurückweisung an den Ausschuss. Nach unwesentlicher Debatte schließt die allgemeine Aussprache.

Der Antrag Ledebour wird gegen die Stimmen der Antragsteller und Kommunisten abgelehnt. Abgelehnt wird ferner ein Antrag der Deutschnationalen, der auch von der Mehrheit der Volkspartei unterstützt wurde, wonach der Reichstagspräsident mit seiner Wahl aus seiner Funktion ausscheiden habe. Das Haus nahm eine Reihe von Paragraphen ohne weitere Debatte an, ferner einen Antrag der Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten.

Nach längerer, unwesentlicher Debatte wird die weitere Beratung auf Samstag mittag 12 Uhr vertagt, außerdem kleinere Vorträge. Schluß abends 6 Uhr.

Das Reichsknappschaffsgesetz.

Das neue Reichsknappschaffsgesetz wurde im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages am 10. November beraten. Der Reichsarbeitsminister Brauns wies auf die Zersplitterung im Knappschaffswesen hin. Wenn auch einige Länder mit der Vereinfachung begonnen hätten, so hätten doch bis vor kurzem noch 110 Einzelverordnungen bestanden. Die Vereinfachung durch das Reich sei daher ein Gebot der Notwendigkeit. Die neue Regelung will die volle Freizügigkeit sicherstellen. Die Verwaltungstätigkeit verbleibe den Knappschaffern. Ihre Leistungen sollen sich auf die Krankenkassen, Invaliden-, Pensions-, Witwen- und Waisenversorgung erstrecken, während die Unfallangelegenheiten bei den Berufsvereinigungen bleiben. Das Reich werde nur gewissermaßen Oberinspektor auf gesetzlichem Gebiete sein. Die Mittel zur Befreiung der Aufgaben sollen teils im Kapitalbedarfsverfahren, teils durch Umlagen aufgebracht werden. Neu hinzu tritt die Befreiung der Angestellten des Bergbaus. Eine Untergliederung findet hinsichtlich der Bezirksknappschaffsbeamten statt. Jedenfalls bedeute die Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungsämter in eine einheitliche Reichsregierung einen großen Fortschritt. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen sprachen sich im großen Ganzen zustimmend zum Gesetz aus, glaubten aber gegenüber den Vorschlägen des Reichsfinanzrats Einzelwünsche zur Geltung bringen zu müssen. Sie waren mit dem Minister einig, das das Gesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll.

Kurze polit. Nachrichten.

* Das Billionendefizit der österreichischen Staatsbahnen. Nach einer Wiener Mitteilung des Verkehrsministers steht der Voranschlag für 1923 für die staatlichen Bundesbahnen einen Einnahme-Etat von 3,2 Billionen und einen Ausgabe-Etat von 4,7 Billionen Kronen vor, also ein Abgang von 1 1/2 Billionen. Hierzu kommt die betragsmäßige Verpflichtung der Staatsbahn, sämtliche mit großen Defiziten arbeitenden Privatbahnen zu unterstützen, woraus ein weiterer Betrag von einer Billion entsteht. Der Verkehrsminister erklärte, daß die Tarifsteigerung bereits eine derartige Höhe erreicht habe, daß bei einem darüber hinausgehenden Defizit die Schließung der gesamten deutsch-österreichischen Volkswirtschaft erwachsen müßte.

* Die Prägung von Goldmünzen in Rußland. Durch Veranlassung des Sowjets der Volkskommissare ist jetzt die Prägung von Goldmünzen in Sowjetrußland angeordnet worden. Mit der Prägung der Dufaten (Tschernowoz) ist das Volkswirtschaftsministerium betraut worden. Jeder Dufaten wird 900 Teile reinen Goldes und 100 Teile Kupfer enthalten. Zuerst im Jahre hat das Volkswirtschaftsministerium festzustellen, wieviel Dufaten geprägt werden müssen. Die Prägung der Dufaten hängt bekanntlich mit dem Defizit der Sowjetregierung zusammen, das der Staatsbank das Recht der Emission von Banknoten gewährt, die auf Dufaten lauten und durch Gelmetalle, Auslandsdevisen und leicht realisierbare Waren sichergestellt werden müssen.

* Der Postpaketverkehr mit Polen wird am 1. Dezember 1922 aufgenommen. Zulässig sind Postpakete bis 10 Kg. und zwar gewöhnliche und solche mit Wertangabe bis 1000 Fr.; Nachnahmeleistungen und Pakete mit Zollfranzosen können vorläufig nicht aufgenommen werden.

Die Gebühren betragen für Pakete bis 1 Kg. 85 c., über 1 bis 5 Kg. 1 Fr. 25 c. und über 5 bis 10 Kg. 2 Fr. 5 c.; Sperrgut 50 c. S. Nachsch. Wünscht der Absender die Leistung über die Nachschickung, so erhöhen sich die Gebühren auf 1 Fr. 15 c., 1 Fr. 55 c. und 2 Fr. 65 c. Für Wertpakete wird neben der Gewichtgebühr noch eine Bearbeitungsgebühr in Höhe der tarifmäßigen Einschreibgebühr und die Versicherung von 50 c. für je 300 Fr. der Wertangabe erhoben. Einbestellung ist nur nach Postorten in Polen zulässig und kostet 50 c. Dringende Pakete sind nicht zugelassen. Erforderlich sind 2 Zollinspektoren in deutscher oder französischer Sprache, dazu 1 polnischer Anmeldechein und 1 Ausfuhrklärung.

* Gilpakte. Bei dem Publikum besteht vielfach die Auffassung, daß Pakete, die mit dem Verlangen der Einbestellung zur Post gegeben werden, schneller als andere Pakete befördert werden. Dies ist im allgemeinen nicht der Fall. Die Gilpakte werden zusammen mit den gewöhnlichen Paketen — vielfach unter Benützung der Gilgüter- und Güterzüge — befördert; die Bevorzugung vor den gewöhnlichen Paketen besteht

allein darin, daß die Gilpakete anstatt mit der regelmäßigen Beförderung, sobald nach der Ankunft den Empfänger durch besonderen Boten zugestellt werden. Soll Paketen eine beschleunigte Beförderung zuteil werden, sind sie als „dringend“ aufzugeben. Dringende Pakete unterliegen der dreifachen Freigebühr für gewöhnliche Pakete und werden gleich den Briefsendungen mit den schnellsten Beförderungsmöglichkeiten abgehandelt.

Badische Wochenrückblicke.

Voll großer Hoffnungen sehen wir auf unsere Kraftwerke in Baden, welche das Land mit Elektrizität versorgen. Wir wissen, wie sehr am Ausbau der verschiedenen Werke im Schwarzwald, wie im Süden Badens mit allen Kräften gearbeitet wird. Nun hat auch der Oberrhein seine Talperre und damit sein Kraftwerk erhalten. Der Kreisbeschluß von Rosbach hat vor 1 1/2 Jahren 15 Mill. M. bewilligt für die Erstellung einer Talperre mit Kraftwerk im Jttartal.

Dieses jetzt fertiggestellte Jttartalwerk ist im Laufe dieser Woche feierlich eingeweiht und eröffnet worden. An dieser Feier nahmen teil die Mitglieder des Kreisbeschusses und ein großer Teil der Bürgermeister des Kreises Rosbach. Außerdem sah man den Arbeitsminister Dr. Engler, den Präsidenten der Wasser- und Straßenbauverwaltung und verschiedene andere Persönlichkeiten. Der Bauführer, der in dem landschaftlich schönen Jttartal ziemlich weit oberhalb von Gerbach errichtet worden ist, hat etwa 600—700 Meter Länge und fasste ca. 90 000 Kubikmeter Wasser. Von dort wird das Wasser in einem einen Kilometer langen Gangkanal bis zu einem Wasserfall geleitet, von dem es in starkem Gefälle in ein Kraftwerk hinunterstürzt. Dort hat es zwei Turbinen von 1400 PS zu treiben. Das Werk soll in der Lage sein, mit jährlich 4 Millionen Kilowattstunden Strom den größeren Teil des Stromverbrauchs im Kreise Rosbach zu decken. So lange vorläufig ein Überschuß an Strom vorhanden sein würde, soll er in das Netz des Badenwerks geleitet werden. Die Baukosten haben sich auf etwa 60 Millionen Mark erhöht. Ein weiteres kleines Kraftwerk, das ebenfalls aus dem gleichen Wasser gespeist wird, soll unterhalb des Jttartalwerks errichtet werden und etwa 12—15 Mill. Mark kosten. Das wesentliche kleinere Werk soll hauptsächlich den Strom für die Stadt Gerbach liefern.

Auch Mannheim beschäftigt sich im vorgejähren Bürgerauschuß mit der Kapitalbeschaffung für ein Großkraftwerk Mannheim A.G. Die Stadtratsbeschlüsse vom 12. und 19. Oktober zu dieser im Verlaufe der Bürgerauschussung angenommenen Vorlage lauten: a) Die Stadtgemeinde Mannheim beteiligt sich an der Erdbildung des Aktienkapitals der Großkraftwerk Mannheim A.G. im Betrage von 180 Millionen Mark mit 26 Prozent = 46,8 Millionen Mark. b) Die Stadtgemeinde Mannheim A.G. übernimmt für von der Großkraftwerk Mannheim A.G. weiter auszugebende Obligationen in Höhe von 800 Millionen Mark zusammen mit der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.G. (Wabenwerk), der Badischen Landes- und Ludwigshafen und der Redar A.G. die gesamtschuldnerische Haftung für Verzinsung und Tilgung des Kapitals. c) Für die Übernahme des weiteren Aktienkapitals werden 46,8 Millionen Mark aus Anleihenmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt.

Aus allen Teilen des Landes, vor allem aus den größeren Städten Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg, kommen in letzter Zeit immer mehr Klagen, wegen schlechter Kartoffel- oder immer schlechter werdender Milchversorgung. So lesen wir auch in den Freiburger Wäldern solche Klagen. Es heißt dort: „Der Rückgang der Milchversorgung in unserer Stadt nimmt allmählich beängstigende Formen an. Durchschnittlich kommen täglich nur noch 8200 Liter Milch nach Freiburg, das sind circa 3000 bis 4000 Liter weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Im Freiburger Milchablieferungsbezirk stehen — nicht zu hoch gerechnet — 17 000 Milchkuhe. Würde von jeder Kuh nur eine Mindestmenge von täglich einem Liter zur Ablieferung gelangen, so läme täglich mehr als die doppelte Menge zur Ablieferung, als was der städtischen Bevölkerung in Wirklichkeit zugeführt wird. Einzelne Orte bringen ein bescheidenes niedriges Quantum zur Ablieferung. Aus einem Vorort, in welchem rund 200 Kühe gehalten werden, kommen täglich 6—8 Liter Milch in die Stadt, dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß dort etwa 90 Milchverbraucher wohnen. Was soll man aber dazu sagen, wenn man hört, daß aus einer rein ländlichen Gemeinde die ungefähr 5 Kilometer von Freiburg entfernt liegt, jeden Tag 20 ganze Liter Milch nach Freiburg gelangen. Ein Hofgut in der Nähe von Gönz, auf dem 12 Kühe gehalten werden, liefert seit dem Monat August auch nicht einen einzigen Tropfen Milch nach der Stadt.“

Das nachbarliche Forstheim trägt sich mit dem Gedanken, eine Milchzentrale einzurichten. Die Milchquelle für die Forstheimer Bevölkerung liegt in der Hauptsache in Gönz der württembergischen Kleinbauern der Umgegend. Die Stadt will insbesondere die Überwachung des Verkehrs mit Milch weiter ausbauen. Wir wissen, daß die Milch als Hauptträgerin dieser Krankheiten in Frage kommt und die Säuglingssterblichkeit in engstem Zusammenhang mit dem Bezug schlechter Milch steht. Auch die Art des Milchhandels in Bezug auf hygienische Mängel läßt manches zu wünschen übrig.

Wie die Vorlage des Forstheimer Bürgerauschusses ersehen läßt, soll auf dem Wege einer vollständig zentralen Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung der Milch durch die Stadt eine durchgreifende Besserung der Milchversorgung der Forstheimer Bevölkerung erzielt werden. Wie sie schon in den meisten größeren badiischen Städten vorhanden ist, soll auch in Forstheim eine Milchzentrale erstellt werden, welche den gesamten Milchverkehr in möglichst produktiver und hygienischer Weise regelt.

Gerade Forstheim, mit dem ergiebigen Hinterland, hätte schon längst an die Erstellung einer Milchzentrale gehen können — möge die Milchablieferung außer einer hygienischen, nur auch eine ebenso regelmäßige und zahlreiche sein!

Im ähnlichen Sinne beklagt sich Konstanz über die Milchlieferung. In seinen Ausführungen bei der Besprechung über die Milchversorgung in Konstanz gab Oberbürgermeister Dr. Moerike, Einzelheiten über die tatsächlichen Verhältnisse in der Milchlieferung von Konstanz. Der tatsächlichen Arbeit des verstorbenen Ratsherrn Bächler (Konstanz) gelang es nach vielen Bemühungen mit vielen Gemeinden, die nicht zum Lieferungsbezirk Konstanz gehörten, Verträge abzuschließen, so daß damals die Milchversorgung um ein zweifaches verbessert wurde. Der heutige Bedarf beträgt 5 011 Liter täglich. Davon müßten 954 Kinder im 1. und 2. Lebensjahr, täglich 1 Liter Milch

halten; 675 Kinder von 3 und 4 Jahren etwa 1/2 Liter, 248 von 7. und 8. Lebensjahr täglich 1/4 Liter. Bei den Kindern im 9. und 10. Lebensjahr das gleiche Quantum und endlich 614 Kinder im 14. Lebensjahr ebenfalls 1/2 Liter täglich. Ferner benötigten 260 kranke Frauen (während der letzten 3 Monate) je 1/2 Liter, Personen über 70 Jahren (735) 1/4-1/2 Liter und etwa 480 Kranke je einen Liter täglich. Tatsächlich wurden aber im Monat Oktober durchschnittlich nur 2600 Liter zugewiesen und am 7. November war dieses Quantum auf 1200 Liter täglich zurückgegangen. Wer dann noch in den Genuss der Milch kommt, ist nicht schwer zu erraten, da die Zuweisung des Lieferfalls also gegenwärtig noch nicht einmal den vierten Teil umfaßt. Die Folgen für die heranwachsende Jugend und Kranken sind bedauernde und furchtbare. Hoffen wir daher, daß der Appell an die Milchlieferanten nicht ungehört verhallt! Da, hoffen wir es — dum spiramus. ah.

Badische Übersicht. Im Kalibergwerk Buggingen.

Der Haushaltsausschuß des Landtags stattierte, wie uns die Presseabteilung der badischen Regierung schreibt, dem im Bau befindlichen Kalibergwerk Buggingen auf Einladung des stellvertretenden Vorsitzenden des Grubenvorstands, Finanzminister Köhler, einen längeren Besuch ab. Die Bergbauarbeiten in Buggingen, die der Erschließung der badischen Kalisalzlager dienen, werden bekanntlich von den Gewerkschaften „Baden“ und „Markgräfler“ unternommen, an denen der badische Staat zu einem Drittel des Kapitalbestandes beteiligt ist. Die zur Befestigung des Werkes erforderlichen Arbeiten nahmen zunächst an Hand von kurzen orientierenden Referaten Einblick in die wissenschaftlichen Vorarbeiten des Unternehmens, die bergbauwissenschaftliche Lage und den gegenwärtigen Stand der Erschließungsarbeiten. Die Referate wurden erstattet vom Landesgeologen Dr. Schnarrenberger, Oberbergamt Rauman und den Bergwerksdirektoren Frißch und Dr.-Ing. Albrecht. Daraus ließ sich u. a. entnehmen, daß die unter einer 30 Meter hohen Rieschicht und einer Tongebirgsschicht von mehreren hundert Meter ruhende Kalischicht 4 Meter stark ist und nach ihrer Lage und der Qualität des Kalisalz einen außerordentlich günstigen Abbau verspricht. Die unter Leitung der geologischen Landesanstalt durchgeführten Probebohrungen haben erwiesen, daß die Lager ein Kalisalz bergen, welches dem essigsauren Kalisalz an Kaligehalt überlegen ist. Den Ertrag der Lager setzt eine vorsichtige Schätzung dem Gesamtweltbedarf an Kali für 180 Jahre gleich. Die Entwicklung des Kalimarktes läßt überdies eine Rentabilität des Kalibaus in Buggingen durchaus gesichert erscheinen. Sobald wie beabsichtigt, zwei Schächte niedergebracht sein werden, kann eine Jahresförderung von etwa 1 1/2 Millionen Doppelzentner Kalisalz erreicht werden.

Die Schachtbauarbeiten selbst, über die an Hand von Plänen und dann am Bau selbst Aufschluß gegeben wurde, befinden sich zurzeit im interessanten Stadium. Die im ganzen etwa 30 Meter hohe Rieschicht ist mit einem fest gemauerten Rundschacht von 9,5 Meter Durchmesser etwa 13 Meter tief durchstochen, wonach man bei der weiteren 18 Meter hohen, wasserhaltigen Rieschicht angelangt war. Es begann damit der schwierigste Bauabschnitt: Das Durchsteigen dieser Schicht bis zu dem nicht mehr wasserhaltigen festen Tongebirge. Bis hierher wurde das Gebirge in einfacher Weise im Sandbetrieb herausgenommen. Nunmehr wurde, um die wasserreiche Schicht von 18 Meter zu durchstoßen, in den äußeren Schacht eine Senkmauer eingeseht. Diese ruht auf einem mit einer scharfen Schneide versehenen gußeisernen Senkfuß und sinkt durch ihr Eigengewicht, während die wasserreiche Erdmasse mittels eines großen Greifers herausgehoben wird. Das ausgießende Wasser wird, sobald diese Schicht durchstochen ist, ausgepumpt. Der langsam sinkende Schacht, der ein festes Eisenlammergefüge besitzt, wird oben immer weiter aufgemauert und dadurch das Senkgewicht vermehrt. Diese Arbeiten gehen Tag und Nacht ununterbrochen fort. Zurzeit befindet sich der Senkfuß bereits 3,50 Meter in der Wasserfließschicht, so daß also noch etwa 13,5 Meter weiter zu durchstoßen sind, bis er auf festem Tongebirge aufliegt. Ist dies erreicht, womit dieser schwierigste und mit einem gewissen Risiko verbundene

Bauabschnitt beendet ist, wird der Schacht mit schweren gußeisernen und verbleiten Rängen sog. Lösslings vollkommen wasserdicht verschalt. Beim weiteren Absteigen des darunter liegenden Tongebirges wird der Schacht dann abschnittsweise mit feinstverleimtem Mauerwerk gesichert. Das Niederbringen des Schachtes auf die erforderliche Tiefe von 800 Meter wird voraussichtlich noch 2 Jahre benötigen, da mit einem Fortschreiten des Schachtbaus von 80 Meter pro Monat gerechnet werden muß.

An die für die erschienenen Herren außerordentlich interessante Besichtigung der Schachtarbeiten schloß sich ein Rundgang durch die ganze Betriebsanlage an. Das weßlich von der Hauptbahnstrecke gelegene Gelände hat durch die allenthalben in Angriff genommenen Bauten der Gewerkschaft — Kantinenbauten, Lagerhäuser, Betriebsbüros, eine Betriebsbahnanlage, eine Wasserpumpstation, ein Kesselhaus, eine große Kiesgrube, ferner Beamten- und Arbeiterwohnhäuser — bereits ein völlig neues Gepräge erhalten. Dem Eindruck, daß hier in ebenso planvoller wie intensiver Weise unter zielbewußter Verwendung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse ein Unternehmen zum Ausbau kommt, das für das Wirtschaftsleben Badens von größter Bedeutung sein wird, gab auch der Vorläufer des Haushaltsausschusses, Staatsrat Marum, im Verlaufe eines Imbisses zu dem der Grubenvorstand eingeladen hatte, Ausdruck. Finanzminister Köhler hob in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit hervor, für das Unternehmen weitere wegen der Selbstverwertung erforderliche Mittel bereitzustellen. Der Landtag habe im März d. J. einstimmig 40 Millionen Mark für die Befestigung des Staates an der Kaligewerkschaft bewilligt. Man dürfe erwarten, daß nach der uneingeschränkten Anerkennung der bis her geleisteten Arbeiten und deren vorbildlicher Leitung eine demnächst an den Landtag gehende Vorlage über die Bewilligung weiterer Mittel gleichem Verständnis begegne. Der badische Staat und nicht zuletzt die badische Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die bisherigen geüblichen Arbeiten an der Erschließung der reichen Kalisalzlager ungestört und ebenso intensiv wie früher fortgesetzt werden können.

Die Teuerung in Baden.

Das auf Grund der Erhebungen über die Kleinhandelspreise für eine größere Zahl von Gegenständen des täglichen Bedarfs zusammengestellte Material läßt, wie das badische Statistische Landesamt mitteilt, die notwendigsten Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmiete, nach einem vom Statistischen Reichsamt an Hand eines genau bestimmten, feststehenden Preismaßes für eine fünfköpfige Familie von Monat zu Monat verfolgen. Aus der nachstehenden tabellarischen Zusammenstellung ist ersichtlich, wie im Monat Oktober die Teuerung in ganz gewaltiger Weise in die Höhe ging und die Entwertung unseres Zahlungsmittels fortgeschritten ist.

Die von Berichtsmonat zu Berichtsmonat sich überbietende Höhe der Teuerungszahlen der einzelnen Orte, sowie die Landes- und Reichsindexziffer gibt ein anschauliches Spiegelbild der Verschlechterung unserer Gesamtwirtschaftslage. Insbesondere wurde durch den Wechsel des volkswirtschaftlichen Ausmaßes des Reichstags, der in Anbetracht des schlechten Ernteausfalls, der steigenden Beschäftigungskosten, der hohen Preise für freies Getreide, die Umlagepreise entsprechend der Reichsindexziffer erhöht hat, eine Steigerung des Brotpreises hervorgerufen, die der Ernährung der breiten Massen unseres Volkes weitere Schranken auferlegt; eine Erscheinung, die zu ersten Besorgnissen führen und den ohnehin ungenügenden Ernährungsstand der Bevölkerung weiterhin nachteilig beeinflussen muß.

Die enorme Steigerung und außerordentliche Zunahme der hauptsächlichsten Lebenshaltungskosten findet in den nachstehend aufgeführten Teuerungszahlen der einzelnen Orte berechneten Ausdruck. Sie sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß hauptsächlich neben der Verteuerung des Brotes die Kosten für Wohnung durch das Inkrafttreten des neuen Mietgesetzes mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ganz bedeutend in die Höhe gegangen sind und jetzt erst zur Wirkung gelangen. Damit der Mieterzuschlaggebung hatten sich die für die Wohnung erforderlichen Ausgaben bisher nur auf etwa das Doppelte gesteigert.

Der jetzt erforderliche Mietaufwand, welcher entgegen der früheren Praxis nunmehr auch die Mieter zu den hauptsäch-

lichsten Instandhaltungskosten des Hauses beizuzahlen, ist eine weitere Folgeerscheinung der außerordentlichen Preisrevolution der letzten Jahre.

1. Kleinhandelspreise.

Obwohl die Auswirkung der rapiden Brotpreissteigerung erst nach der Stichtagserhebung voll in Erscheinung tritt, ist bis zu diesem Tag der Brotpreis gegenüber dem Monat September schon wesentlich höher.

In Mannheim stieg der Preis für 1 Pfund rationiertes Brot von September auf Oktober von 9,50 M. auf 11,50 M.; in Karlsruhe ist der Unterschied ein größerer, da sich hier der Brotpreis von 8,00 M. auf 11,50 M. erhöht hat. Den billigsten Brotpreis hat Bretten mit 7,85 M. für 1 Pfund rationiertes Brot aufzuweisen.

Bei den Kartoffeln ist die Preisbewegung eine ziemlich einheitliche; der Preis hat gegenüber dem Vormonat bereits wieder angezogen. Am teuersten sind die Kartoffeln in Konstanz mit 8,00 M. für das Pfund, während in Eberbach für das Pfund nur 4,20 M. zu zahlen sind.

Der Milchpreis ist weiterhin erheblich gestiegen. In Badenheim muß für das Liter Milch 45,00 M. bezahlt werden, dann folgt Karlsruhe mit 44,00 M. usw. Der niedrigste Preis stellt sich auf 24,00 M., und zwar in Badstätt.

Eine außerordentliche Preissteigerung ist bei der Butter zu beobachten. In Karlsruhe ist das Pfund Butter gegenüber dem Vormonat von 800,00 M. auf 600,00 M. gestiegen. Den höchsten Preisstand erreichte Wiesloch mit 720,00 M., während Billingen mit 450,00 M. den niedrigsten Preis aufzuweisen hat.

Der Preis für das Rindfleisch beträgt in Schwetzingen 260 Mark für das Pfund, Heidelberg 244 M. Am billigsten ist das Rindfleisch in Singen a. S., wo für das Pfund nur 170 M. zu zahlen sind. In enormer Weise sind die Gierpreise gestiegen. In Schwetzingen muß für das Ei 46 M. bezahlt werden, dann folgt Karlsruhe mit 45 M., während Singen a. S. mit 20 M. für das Stück den niedrigsten Preis aufweist. Die außerordentliche Preissteigerung ist bei allen Nahrungsmitteln festzustellen, ein Preisrückgang ist nirgends zu beobachten.

Ein ähnlicher Grad der Steigerung wie für die Kleinhandelspreise der hauptsächlichsten Nahrungsmittel ist auch bei anderen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens zu beobachten. So hat zurzeit die Preisentwicklung bei den Möbeln eine Höhe erreicht, die insbesondere solchen Kreisen, die sich zur Gründung eines Haushaltes entschließen, es die Verwirklichung dieser Absicht oft unmöglich macht, so daß diese gezwungen werden, weiterhin „möbliert“ zu wohnen; ein Zustand, der im höchsten Grade unsozial genannt und in seiner Folgeerscheinung eine schwere Schädigung der Volksgesundheit herbeiführen muß. So kostet nach den Erhebungen des städtischen Preisprüfungsamts in Mannheim ein Kleiderschrank (120 x 50 tief) 10 000 M., während im Mai 1914 ein solcher zu 58 M. zu kaufen war. Die Steigerung ist also eine mehr als 172fache. Eine Waschkommode ohne Spiegelaufsatz war zum Preise von 90 M. erhältlich, für welche jetzt der Betrag von 10 500 M. anzulegen ist. Die Verteuerung beträgt hier nahezu das 117fache. Für die Anschaffung eines Zimmertisches (150 x 65) ist ein Betrag von 2500 M. zu zahlen, während im Mai 1914 ein solcher zu 18 M. erhältlich war; die Steigerung ist eine 139fache. Ein Küchenschrank von der Größe 110 x 50 ist nicht unter 8000 M. zu erhalten gegenüber einem Betrag von 45 M. im Frieden. Hier ist der Grad der Teuerung um das 178fache emporgeschmett. In ähnlicher Höhe bewegen sich die Teuerungszahlen der übrigen notwendigen Möbelstücke, welchen die einseitige Ausrichtung für die Wohnungseinrichtung eines Arbeiters oder Angestellten zugrunde gelegt ist.

Die Futtwelle der Teuerung macht sich auch bei der Beschaffung der Schreibmaterialien und sonstiger Schulartikeln insbesondere dort stark bemerkbar, wo die Zahl der schulpflichtigen Kinder über die Zahl hinaus geht, welche der Errechnung der monatlichen Lebenshaltungskosten einer Normalfamilie zugrunde gelegt ist. Im Mai 1914 kostete in Mannheim ein Schülerschreibtisch 10 Pf., im Oktober 1922 32 Pf., mithin eine 220fache Steigerung; eine Schiefertafel Nr. 4 1/2 60 Pf., im Oktober 1922 150 M.; die Steigerung ist also eine 250fache. Ein Sechzehntel Glas Eisengallusdrüsenrinne 20 Pf., jetzt 65 Mark, ein Lineal 30 Pf. und ein Radiergummi 10 Pf., während jetzt 25 M. und 5 M. zu zahlen sind.

Ein gleichartiges Steigen ist in der Tabakindustrie zu beobachten. So war in Mannheim im Mai 1914 der Preisstand für Tabakfabrikate von bestimmter Güte für 1 Zigarre 5 Pf. (im Oktober 1922 12 M.), für 1 Zigarette 2 Pf. (5 M.), für 100 Gr. Grobchnitt Rippentabak 20 Pf. (60 M.), für 100 Gr. Grobchnitt Blättertabak 40 Pf. (140 M.), für 1 Rolle Raubtabak 10 Pf. (25 M.). Auch hier bewegt sich die Verteuerung zwischen dem 240. bis 350fachen Betrag gegenüber dem Frieden.

II.

Die sprunghafte Steigerung aller Bedarfs- und Verbrauchsgüter kommt in den für 46 Gemeinden* errechneten Teuerungszahlen zum Ausdruck.

Die höchste Teuerungszahl hat Badisch Rheinfelden aufzuweisen mit 24 157 M.; dann folgen Schwetzingen mit 23 246 Mark, Gaggenau mit 22 211 M., Konstanz mit 21 836 M. usw.

Die „billigste“ Lebensweise ist in Emmendingen möglich, da sich dort „nur“ eine Teuerungszahl mit 13 987 M. ergibt; dann folgt Bretten mit 14 891 M.

Bei Zugrundelegung der Friedenssteigerungszahl von 1913/14 mit 100, läme Schwetzingen mit der höchsten Verhältniszahl mit 20 877 an die Spitze, d. h. zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamts waren in Schwetzingen die Kosten der Lebenshaltung für eine „Normalfamilie“ im Oktober d. J. 208 1/2 mal so hoch wie vor dem Kriege. Mit den nächsthöchsten Verhältniszahlen folgt Gaggenau mit dem 201 1/2fachen Betrag.

Gegenüber der Vorkriegszeit ist im Monat Oktober in Mannheim die Teuerung um das 187 1/2fache gestiegen, in Karlsruhe um das 198 1/2fache, in Freiburg um das 130 1/2fache, in Konstanz um das 212 1/2fache, in Heidelberg um das 217 1/2fache und in Emmendingen um das 133 1/2fache.

Nachstehend folgt die Übersicht bezüglich der erweiterten Teuerungszahlen (einschließlich Bekleidung) für die Städte Mannheim und Karlsruhe:

	1913/14	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober
Mannheim	114,59	3658	4013	4519	6078	8047	13 467	22 335
Karlsruhe	106,69	3862	4074	4492	6298	8191	14 433	23 769

Die erweiterte Teuerungszahl (einschließlich Bekleidung) ist im Oktober d. J. in Mannheim 195mal so hoch gewesen wie vor dem Kriege; für Karlsruhe ist sie etwas höher (222%).

* Die Gemeinden Gernsbach, Hornberg, Hoslach, Höllmaia und Lötzbach haben trotz wiederholten Ersuchens den Erhebungsbogen nicht eingeleistet.

Künstler-Marionetten-Theater.

Karl Ettlinger: „Gigitulpa“.

Ein kurioser Name. Ein Name aus Karolins Rosenzweig. Eigentlich so ganz geschaffen für die durch Herrn Georg Deisinger erweckte, grotesk komische Puppenwelt. Marionetten, Holzfiguren, postförmig, ulkig, bemalt, geschnitten. Sie gehen und schweigen, sie glöhen und schellen. Die Phantasie des Zuschauers belebt die niedlichen Gestalten und Gesichter mit Ausdruck und Geste. Man amüsiert sich über die drolligen Bewegungen der zierlichen Gliederarme und Beine, der wackelnden u. nidenden Köpfe, über die Bewegungen der an Schnüren hängenden Menschenfreier und anderen grotesken Gegenstandskulturträger. Ehe! Satiriker Karl Ettlinger. Du läßt wahrhaftig Deine Gestalten zappeln.

„Gigitulpa“. Eine Parodie, Ironie, ein Satirspiel auf die sogenannte „Kultur“. Die Holzgruppen spielen meisterhaft die acht Figuren des Stückes. Sie tanzen wahrhaft objektiv dem Manuskript gegenüber — von nichts ließen sie sich beeinflussen. Sie konnten kein Kampffieber, sie konnten keine Zudisponiertheit, meine Kritik wird ihnen gleichgültig sein — im übrigen ging auch alles wie am Schnitzchen!

Was ist nun „Gigitulpa“? Der Name einer Insel im Induslanermeer. Dort regiert ein Menschenfresserbäuptling (alias Missionar) sein Volk. Sie singen Winterlieder wider — vertreten ihre Menschenfresserrechte nach überliefertem Dogma und sind ein glückliches Volk. Da werden Europäer auf die Insel verschlagen. Diese bringen die englische Flagge, ein Kreuzer findet die „Gegeud“ noch nicht literarisch bewertet, ein instabiler Schiffsbrüderiger Europakulturwertler will von der Kokosnusinsel der Menschheit die wahre Freiheit bringen, die einzige Europäerin pflegt Topersöhnen und Küje der Insulanerjöhne, begeistert sich für Klavierspiel des Häuptlings, während sein Menschenfresserwolf sich vor der Musikkultur entsetzt in die Kattentänflüssen flüchtet.

Gigitulpa — auf deutsch: Kultur ist etwas, was man den andern bringt, aber sie selbst hat.

Das Marionettenspiel Karl Ettlingers, dem ein Hans Sächsisches Satirspiel: „Das heiße Eisen“ vorausgeht, ist vor dem Kriege geschrieben und ward am vergangenen Mittwoch im Künstler-Marionetten-Theater als Premiere gegeben. Wie wünschen den Holzgruppen noch ein weit größeres Publikum für den heutigen und morgigen letzten Vorführungsstag. Die Frauenrollen sprach recht geschickt Fräulein Körner. Die neuen Kostüme hatte Frau Deininger entworfen und die Dekorationen Kunstmaler Otto Eichrodt.

Eine Wiederholung des lieblichen und doch komischen Marionettenspiels fände sicher ein dankbares Publikum in noch weiteren Kreisen. Das Spiel mit den Marionetten wird ewig interessant bleiben:

Der Mensch ist nur eine Marionette
Im Theaterraum, dem Erdenball,
Und hängt daselbst wie eine Kette
Am Lebensfaden — bis zum Fall ...

Adolf Himmels.

Zeitschriftenschau.

* Kunstwart und Kulturwart, Ferd. Avenarius. Verlag Callwey München. Heft 2: November 1922 enthält: Gerhart Hauptmann. Der Dramatiker im Spiegel der deutschen Volkseele. Von Friedrich Düssel. „Stimmen der Wirtschaft“ oder mehr? Von einem bildenden Künstler und K. W. Paetz. Der sinfonische Stil. Albert Trentinis „Goethe“. Von Wolfo. Schumann. Aus Albert Trentinis „Goethe“. Sprichendes Kino. Filmvergessenheit und Filmkunst. Von Wolfo. Schumann. Die Republik. Von Ernst Voelckel.

Vom Heute fürs Morgen: Das Bild. Die Kunst, Recht zu behalten VI (R. O. Erdmann). Adam Müller-Guttenbrunn. Berliner Theater (Friedrich Düssel). Ornamentale Schrift. Rengel als Aberglaube (Paul Cohn). Deutsche „Dankrenten“ für freie Geistesarbeiter (Avenarius). Die Treuhänder-Kasse für Kritiker (Wolfgang Schumann). Professor Deber-Mobite. Im nächsten Heft erscheint der Jahresbericht.

Inbeziffern.

Die an Hand der Feuerungszahlen (ohne Bekleidung) der 71 deutschen sogenannten Gildengemeinden vom Statistischen Reichsamte berechnete Reichsindexziffer betrug im Oktober d. J. 1924, d. h. die in diese Statistik einbezogenen Gegenstände, welche die Gruppen Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung umfassen, kosteten im Oktober d. J. zufolge der Berechnungsmethode des Statistischen Reichsamtes 16mal soviel wie vor dem Kriege.

Vom August auf September erhöhte sich die Reichsindexziffer um 0,8 v. H. und vom September auf Oktober um 7,1 v. H.

Die badische Landesindexziffer, die vom Statistischen Landesamt aus den Feuerungszahlen (gleichfalls ohne Bekleidung) von durchschnittlich 50 (in diesem Monat 46) badischen Gemeinden berechnet wird, stieg im Oktober d. J. auf 20 080 (Friedensstand gleich 100), d. h. auf das 200%fache; die Steigerung gegenüber dem Monat September d. J. beträgt also 33,7 v. H.

Aus der Landeshauptstadt.

Scheibemann in Karlsruhe.

Am gestrigen Abend sprach Oberbürgermeister und Reichstagsabgeordneter Scheibemann in einer überfüllten Versammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im großen Festsaal. Im ersten Teile seiner Rede berührte er Gemeinde- und allgemeine Politik. Die Politik des Staates wolle sich in der Gemeinde aus. All die letzten schweren Nöte, der Hunger, der Frost, die Nahrungsmittelknappheit und die Arbeitslosigkeit lasten auf den Gemeinden am schwersten. Ihnen wurden bedeutende Pflichten auferlegt, sie sollten den Kampf gegen den Hunger, den Winter und die Not überhaupt aufnehmen. Die Zuschüsse des Reiches für die für die Gemeinden seien zu gering. Trotz der Pflichten der Entente gegenüber muß zuerst dem deutschen Volke, den Gemeinden geholfen werden. Das Reich ist zusammengesetzt aus den Gemeinden und wenn diese nicht mehr existieren können, so ist das Reich rettungslos verloren.

Der Kampf, der sich in Deutschland abspielt, besteht in der Frage: Können wir erfüllen und was ist schuld an unserem heutigen Elend. Das deutsche Volk ist aber moralisch verpflichtet, die Erfüllungspolitik zu versuchen. Dr. Wirth hat es ehrlich getan. Versuchen wir nicht das Äußerste, dann wird Frankreich noch weiter besetzen. Das Diktat des Versailler Vertrags können wir nicht erfüllen. Es ist heller Wahnsinn, was von uns verlangt wird. Man denke nur an die Kohlenlieferungen, die geradezu ein Skandal genannt werden müssen. Es ist auch Wahnsinn, Deutschland allein die Schuld am Kriege zuzuschreiben, an ihm sind alle Staaten schuld. Die Schuld an unserem Elend tragen diejenigen, die uns herliche Zeiten versprochen haben. Noch unerschämter, toller als die Allein Schuldigen ist der Vorwurf der monarchistischen Kreise, daß die Schuld an der Niederlage das deutsche Volk selber trage. Ein solcher Vorwurf ist gemein. Ein ebensolcher Unsinn ist es, wenn die Schuld an unserem heutigen Elend der Revolution in die Schuhe geschoben wird. Eine Revolution im Sinne der französischen hatte Deutschland nicht, sonst könnten alle diejenigen Gegner der Republik, die heute das Maul so weit aufreißen, uns diesen Vorwurf nicht mehr machen. Nicht durch die Revolution erfolgte der Zusammenbruch, sondern durch den letzteren kam erst die Revolution.

Was wir aber heute gebrauchen, das ist das Vertrauen des Auslandes, das wir erst dann erhalten können, wenn das Ausland von der Beständigkeit der Republik überzeugt ist. Dazu tragen politische, politische Morde und Dinge, wie in Bayern, die viel schlimmer sind als man glaubt, nicht bei. Wir müssen Vertrauen in uns selbst haben, denn ob es uns mehr oder weniger schlecht geht, hängt zu einem guten Teil auch vom deutschen Volk selbst ab. Treue zur Republik ist notwendig und die Bereitwilligkeit, sie mit allen Nachmitteln zu verteidigen.

Aus dem Handwerk. Auf Vorschlag des Reichsverbandes des deutschen Handwerks wurde Schlossmeister Ernst Baum in Karlsruhe, 2. Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe und 2. Geschäftsführer der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat und Waltermeister Stadtrat Hemann, in Bruchsal, Vorsitzender der Handwerkskammer Karlsruhe und Mitglied des Reichstags in den Verkehrsbeirat beim Reichspostminister berufen.

Sonntag, den 19. November: Landestheater. vormittags 11 Uhr. 80 Mk. Morgenfeier. Gerhart Hauptmannfeier aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters. Festrede von Herrn Prof. Dr. Holl, Streichquartett, ausgewählte Dichtungen. Landestheater. Konzerthaus. 5-9 Uhr. 500 Mk. Der Ring des Nibelungen. 1. Tag. Der keusche Lebemann.

23. November. Eintracht. Voigt-Rehberg. Karten bei Neufeldt.

Die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr. Für die weltliche Feier der Sonn- und Festtage gelten folgende Bestimmungen: 1. Am Ruh- und Festtag, an den Sonntagen der Adventszeit und an dem Christag sind öffentliche Tanzbelustigungen und solche gefelliger Vereine und geschlossener Gesellschaften verboten. 2. An dem Christag sind außerdem verboten: Dessenfliche Auszüge, Musikaufführungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schauspiellagen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten für den ganzen Tag mit der Ausnahme, daß Musikaufführungen und Theateraufführungen von 3 Uhr nachmittags ab gestattet sind. In Gast- und Schankwirtschaften jedoch dürfen die letztgenannten Veranstaltungen erst nach Schluß des Nachmittagsgottesdienstes, das ist von 4 Uhr nachmittags ab, stattfinden (§§ 6 und 7 der landesherrlichen Verordnung vom 18. Juni 1892, die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betreffend).

Karlsruhe, den 14. November 1922. Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Deutsches Elend. Ein 77 Jahre altes Fräulein, das von einem Vermögen von 25 000 M. zehrt, bewohnt in Untermiete ein kleines Zimmer mit fast unbeizbarem Kachelofen. Auf ein warmes Essen muß sie meistens Verzicht leisten, da ihr von der Zimmervermieterin für Gasbenützung soviel angerechnet wird, daß sie es nicht bezahlen kann und auch Spiritus für ihre Verhältnisse zu teuer ist. Im kalten Zimmer, bei einer Kerze sitzend, wurde sie von einer Beauftragten der „Winternothilfe“ vorgefunden. Hier will die „Winternothilfe Karlsruhe“ helfen. Darum spendet Gaben auf Postcheckkonto Nr. 22 100, auf Sparlasten-Kontofonto Nr. 8100, bei der Expedition unserer Zeitung oder den hiesigen Banken!

Die „Bad. Gesellschaft für Wetter- und Klimaforschung“, deren Vorsitz der frühere Staatspräsident Herr Dr. ing. h. c. Hummel übernommen hat, veranstaltet am 20. November d. J. im großen Geologischen Hörsaal der Technischen Hochschule, abends 8 Uhr, ihren ersten öffentlichen Vortrag. Als Vortragender ist Professor Dr. C. Dorno, Direktor der Sonnenwarte in Dabob gewonnen worden. Das Thema des Vortrags lautet: „Verwendungsmöglichkeit der Meteorologie im praktischen Leben.“

Landestheater. In der Komödie „Improvisationen im Juni“ von Max Möhr, deren Erstaufführung am Dienstag, den 21. November (Abonnement G 8) stattfindet und wozu der „Mühnervollständigt“ mit den Plakattiteln 1201—1500 teilnimmt, werden die Damen Frauendorfer und Geiseler, die Herren Raben, Erdlein, Gemmede, Herz, Paschen, von der Trend-Wieck, sowie Brand, Fiß und Bösch mitwirken. Das Werk wird von Felix Baumach in Szene gesetzt. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr.

Die Löwen im Stadtpark finden allgemein das größte Interesse. Es sind auch in der Tat drei prächtige gut genährte Tiere, die sich in ihrer, zwar engen Behausung, trotzdem sichtlich wohl fühlen. Da das Füttern dieser großen Raubtiere besonders sehwerswert ist, sei darauf aufmerksam gemacht, daß an Wochentagen nachmittags 3 Uhr und an Sonn- und Feiertagen vormittags 11 Uhr und nachmittags 3 Uhr Fütterungen stattfinden. Des Wärmebedürfnisses der Tiere wegen, können sie nur von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Beschäftigung freigegeben werden. Von den übrigen, neu hinzugekommenen Tieren sind vor allem der arifanische Strauß und das Meisenkänguruh, das aufserachtet ungefahr so groß ist wie ein ausgewachsener Mensch, sehenswert.

Verschiedenes.

Stadttheater Saarbrücken. Die Eröffnung des Stadttheaters Saarbrücken nach vollendetem Umbau fand mit einer Festvorstellung von Schillers „Fieslo“ statt. Intendant Ernst Martin hat, in einer eigenen Bühnenbearbeitung, dem Werk den Charakter des Sturm- und Drang-Dramas gegeben, und seine Aufführung, mit Josef Wagner als Darsteller der Titelrolle, fand ungeteilten Beifall. Der Hauptmann-Phylus begann mit einer Aufführung des „Armen Heinrich“, inszeniert von Ernst Martin und mit Fritz Werth als erfolgreichem Hauptdarsteller.

Freie Aussprache.

Der Direktor der badischen Landw. Genossenschaften (Körperschaft) bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Die „Konstanzer Nachrichten“ vom 16 ds. Ms. Nr. 287 richten an Verbandsdirektor Schön folgende Anfrage: „Ein Leser schreibt uns: Ist es richtig, daß ein Karlsruhe landwirtschaftlicher Verband, dessen Direktor Schön, der frühere Bürgermeister von Donaueschingen und demokratischer Landtagsabgeordneter ist, Hunderttausende Eier diesen Sommer für billiges Geld aufgelauft hat und dieselben bis heute noch nicht dem Konsum zugeführt hat? Ist es richtig, daß dieser Verband es fertig brachte, die Eier einzufahren in einer Zeit, wo weite Kreise der Bevölkerung darben? Zu welchem Preise gegenü der Verband die vielleicht zu 5 bis 6 Mark gekauften Eier abzugeben?“

Die „Konstanzer Nachrichten“ vom 16 ds. Ms. Nr. 287 richten an Verbandsdirektor Schön folgende Anfrage: „Ein Leser schreibt uns: Ist es richtig, daß ein Karlsruhe landwirtschaftlicher Verband, dessen Direktor Schön, der frühere Bürgermeister von Donaueschingen und demokratischer Landtagsabgeordneter ist, Hunderttausende Eier diesen Sommer für billiges Geld aufgelauft hat und dieselben bis heute noch nicht dem Konsum zugeführt hat? Ist es richtig, daß dieser Verband es fertig brachte, die Eier einzufahren in einer Zeit, wo weite Kreise der Bevölkerung darben? Zu welchem Preise gegenü der Verband die vielleicht zu 5 bis 6 Mark gekauften Eier abzugeben?“

Die „Konstanzer Nachrichten“ vom 16 ds. Ms. Nr. 287 richten an Verbandsdirektor Schön folgende Anfrage: „Ein Leser schreibt uns: Ist es richtig, daß ein Karlsruhe landwirtschaftlicher Verband, dessen Direktor Schön, der frühere Bürgermeister von Donaueschingen und demokratischer Landtagsabgeordneter ist, Hunderttausende Eier diesen Sommer für billiges Geld aufgelauft hat und dieselben bis heute noch nicht dem Konsum zugeführt hat? Ist es richtig, daß dieser Verband es fertig brachte, die Eier einzufahren in einer Zeit, wo weite Kreise der Bevölkerung darben? Zu welchem Preise gegenü der Verband die vielleicht zu 5 bis 6 Mark gekauften Eier abzugeben?“

Badische Lichtspiele — Konzerthaus Montag, 20. und Dienstag, 21. Nov., 4 und 6 Uhr abends: Die Leipziger Messe. Die lachende Konkurrenz. Ein Messelustspiel. Preise: Mk. 60.—, 40.—, 25.—, Schülerkarten 40% Ermäßigung.

Die Herstellung von Aktien, Gutscheinen Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung übernimmt die G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe — Karlsriedrichstraße 14 —

Jagd-Verpachtung. Die Gemeinde Holzhausen, Amt Emmendingen, verpachtet am Donnerstag den 23. November d. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathause dahier, die Jagd von ca. 437 ha auf weitere sechs Jahre. Jagdliebhaber werden hierzu freundlichst eingeladen. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Holzhausen, 10. Nov. 1922. Der Gemeinderat: Köpfer, Bürgermstr.

Auf diese häßliche Anzapfung, die ich nur als ein schlecht verhaltenes Wahlmanöver ansehe, kann ich nach Feststellung bei der für den Eier-Ein- und Verkauf verantwortlichen Abteilung Volkereiprodukte der Bad. Landw. Hauptgenossenschaft folgendes antworten:

Es ist nicht richtig, daß wir Hunderttausende badischer Eier für billiges Geld aufgelauft und dem Konsum nicht zugeführt haben. Es ist nicht richtig, daß wir Eier, welche die Bevölkerung gern gekauft hätte, anstatt dem Konsum zuzuführen, eingelauft haben. Richtig ist, daß wir 750 000 badische Eier erfasst und dem Konsum zugeführt haben. Die von uns aus Norddeutschland u. Bayern von norddeutschen — u. bayerischen Genossenschaften erworbenen Eier wurden im Sommer von dem badischen Konsum nicht rechtlos aufgenommen, so hat uns eine sehr große Konsumvereins-Genossenschaft allein 70 000 Eier nicht abgenommen, die von uns naturgemäß, um sie vor dem Verderb zu retten, eingelauft wurden. Insgesamt wurden so 160 000 Eier eingelauft. Die Eier wurden mit dem Nachlassen der Regelmäßigkeit der Fühner auszuwaschen und schließlich in den Konsum gebracht, bis heute sind 88 000 Eier verkauft. Verkauft haben wir die Eier bis heute bis zu 25 Prozent unter dem Tages- und Handelspreis. Wir bedürten damit nicht nur die Karlsruhe Konsumenten, die in unserer eigenen Ladengeschäft sich die Eier kaufen konnten, sondern auch fast alle Erholungs- und Krankenanstalten des Landes von einiger Bedeutung. Unser Gesamtanfang an Eiern betrug 1 600 000 (750 000 badische und 900 000 außerbadische Eier).

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung. Änderung der Beamtenbesoldung. Entsprechend dem Vorschlag im Reich wird der Feuerungszuschlag für die badischen Beamten vom 1. November an von 11 v. H. auf 19 v. H. erhöht. Die Scheidungsstellenbehörden und Besoldungsrechner können mit der Berechnung und Auszahlung der Mehrbeträge für November und Dezember beginnen. Eine kurze Anleitung nebst Anweisungsvordruck geht ihnen durch die vorgelegte Dienststelle zu. Karlsruhe, den 10. November 1922. Ministerium der Finanzen. Der Ministerialdirektor: Sammet.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Aus dem Bereich des Justizministeriums. Ernann: Fabrikdirektor Karl Baier und Kaufmann Josef Sauter in Konstanz zu Handelsrichterstellvertretern bei der Kammer für Handelsfachen am Landgericht Konstanz; Kammerhilfsbeiz Georg Sedmann beim Amtsgericht Weisheim zum Kammerassistenten. Befördert: Die Justizobersekretäre Josef Grunzel beim Notariat Bruchsal zum Amtsgericht daselbst, Karl Pfendbach beim Amtsgericht Bruchsal zum Notariat daselbst und Ferdinand Appel beim Notariat Rehl zum Amtsgericht daselbst.

Verbilligung des Automobilbetriebes.

Die katastrophale Preissteigerung aller Betriebsstoffe macht den Automobilbesitzern ernste Sorge und zwingt zu Ersparnissen. An Stelle der großen Wagen werden deshalb Cytlonetten eingestellt, da diese im allgemeinen die gleichen Leistungen vollbringen. Die bezügliche Druckschriften „K. Z.“ versendet kostenlos die Cytlon Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W 8.

Jagd-Verpachtung. Die Gemeinde Gundelfingen (Amt Freiburg) verpachtet am Donnerstag, den 7. Dezember d. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathause dahier das ihr zuteilende Jagdrecht auf ca. 646 ha Feld, Wald u. Wiesen auf die Dauer von 6 Jahren, 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929.

Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheimer Eisenbahn. Zum 1. Dezember 1922 treten im Binnenverkehr Tarifveränderungen ein. Näheres bei der unterzeichneten Verwaltung. Mannheim, 15. Nov. 1922. Oöberheinische Eisenbahn-Gesellschaft.

Jagd-Verpachtung. Die Gemeinde Neilsingen (Amt Rohnsdorf) verpachtet am Montag, den 27. November d. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathause das ihr zuteilende Jagdrecht auf die Dauer von 6 Jahren vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929. Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind oder den Nachweis erbringen, daß gegen die Erteilung eines solchen Bedenken nicht besteht. Neilsingen, den 16. November 1922. Der Gemeinderat.

Jagd-Verpachtung. Die Gemeinde Neilsingen (Amt Rohnsdorf) verpachtet am Montag, den 27. November d. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathause das ihr zuteilende Jagdrecht auf die Dauer von 6 Jahren vom 1. Februar 1923 bis 31. Januar 1929. Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind oder den Nachweis erbringen, daß gegen die Erteilung eines solchen Bedenken nicht besteht. Neilsingen, den 16. November 1922. Der Gemeinderat: Köpfer, Bürgermstr.